

**Auszug aus der Niederschrift
16. Sitzung des Rates der Stadt vom 19.06.2023**

- 36.1 Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen
 gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt - Familienfreundliche
 Eigentumspolitik für Oberhausen
 A/17/3365-02

 ungeändert beschlossen**

Nachdem die Drucksache in der Version 01 in der Sitzung im Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss am 27.04.2023 aufgrund von Beratungsbedarf auf den aktuellen Beratungsgang vertagt wurde, hat der Ausschuss den Antrag in der Sitzung am 25.05.2023 ohne Votum vorberaten, berichtet **OB Schranz**.

Bis zur Sitzung des Rates der Stadt wurde der Antrag in der modifizierten Version 02 auf den Weg gebracht.

An der folgenden Diskussion beteiligen sich **Stadtv. Osmann, Stadtv. Real, Stadtv. Dobnik** und **Stadtv. Karacelik**. Nachdem **OB Schranz** festgestellt hat, dass es keine weiteren Wortbeiträge gibt, lässt er über den Antrag abstimmen.

Der Rat der Stadt - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - fasst mit großer Mehrheit - gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN, der LINKE.LISTE-Fraktion der Gruppe BOB im Rat und die Stimme des Stadtv. Horn - folgenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zur Förderung der verschiedenen Möglichkeiten familienfreundlicher Eigentumspolitik (Eigentumswohnung, Ein- und Zweifamilienhaus, Mehrgenerationen-Wohnhaus) zu erarbeiten.

Dabei sind bundesweite, landesweite und kommunale Maßnahmen zur Förderung darzustellen.

Das Konzept ist den zuständigen Fachausschüssen in der Sitzungsfolge zum September 2023 zur Beratung und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen."